2012/02 Inland

https://jungle.world/artikel/2012/02/ausgezeichnete-niedrigloehner

Bachelor-Absolventen als billige Arbeitskräfte

Ausgezeichnete Niedriglöhner

Von **Christian Jakob**

Das zweistufige Bachelor- und Master-System sorgt für eine Verbilligung der Arbeitskraft. Vor allem neugeschaffene Studienabschlüsse sind tariflich noch gar nicht erfasst.

Zeitweilig war Edelgard Bulmahn unruhig geworden. In ganz Europa ging es mit dem Bologna-Prozess voran, nur die deutschen Universitäten trödelten. Bis zum Jahr 2005 hatten sie erst jeden vierten Studiengang auf die neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse umgestellt. Die damalige Bundesbildungsministerin machte Druck: Die Universitäten sollten den Prozess »vorbehaltlos unterstützen«, verlangte die SPD-Politikerin, keine Hochschule dürfe »dabei abseits stehen«, denn der »Prozess der Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist umumkehrbar«.

Bulmahn ist nicht mehr im Amt. Ihr Ziel wurde jedoch erreicht: Zum laufenden Semester meldete die Hochschulrektorenkonferenz die »nahezu vollständige Umstellung« auf Bachelor und Master. Die alten Abschlüsse – Diplom, Magister und Staatsexamen – gehören weitgehend der Vergangenheit an. Fast 13 000 Bachelor- und Master-Studiengänge gibt es nun an deutschen Hochschulen, 78 Prozent der Studienanfänger sind in ihnen immatrikuliert, nur 535 Studiengänge wurden noch nicht umgestellt.
Ob sich die Sache für die Absolventen gelohnt hat, ist fraglich. Seit dem 1. Januar gilt für die Beschäftigten der Länder eine neue Entgeltordnung. Sie regelt erstmalig, wie Bachelor- und Master-Absolventen in die Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes einsortiert werden. Im Wesentlichen steht darin, dass ein Bachelor-Absolvent so bezahlt wird wie jemand, der an der Fachhochschule ein Diplom gemacht hat. In dieser »Entgeltgruppe 9« gibt es im Westen für ledige Berufseinsteiger 1 546 Euro netto im Monat. Wer den Master-Abschuss hat, steigt in die »Entgeltgruppe 13« auf und bekommt im ersten Jahr 1 977 Euro monatlich. Der Master ist somit das Äquivalent zum früheren Universitätsdiplom. Bei den Kommunen stocken die Verhandlungen zwar, in der Praxis wird aber schon seit Jahren nach dem gleichen Prinzip verfahren, ebenso wie beim Bund. »Die neuen Abschlüsse haben jetzt Eingang in das Tarifsystem gefunden«, sagt Gesa Bruno-Latocha von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Für die öffentliche Hand ist der zweistufige Abschluss ein Sparmodell. Während früher Massen an Diplomanden in den öffentlichen Dienst drängten, sind es heute vor allem Bachelor-Absolventen, auch weil das System darauf angelegt ist, nur einen Bruchteil der Studierenden zum Master-Studium zuzulassen. »Viele kommen nach dem Bachelor nicht weiter«, sagt Erik Marquardt vom Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften, »es gibt nicht genug Plätze und zu viele Zugangsbeschränkungen für die Master.« Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) weist das zurück. »Von Engpässen beim Master kann nicht gesprochen werden«, sagte sie der Presse. Im Übrigen wollten viele Bachelor-Absolventen gar keinen Master machen: »Dazu ist der Arbeitsmarkt viel zu attraktiv«, behauptet sie.
Marquardt sieht das anders. »Der Master wurde von der Bildungspolitik verknappt«, sagt er. Wer beispielsweise an der Hochschule für Technik in Berlin-Wedding einen Bachelor als Wirtschaftsingenieur macht, kann an der Technischen Universität Berlin keinen Master anschließen. »Die nehmen nur ihre eigenen Absolventen«, sagt Marquart, »und von denen auch nur einen Teil.« Nicht besser sei es bei den Architekten: »An der TU kann rund die Hälfte der Absolventen keinen Master draufsetzen.« Doch mit einem Bachelor in Architektur ist beruflich nicht viel zu holen. »Der wird von den Architektenkammern nicht anerkannt. Damit kann man höchstens Bauzeichner werden«, so Marquardt. Er verweist darauf, dass das Problem bei manchen Fachrichtungen nicht ganz so schlimm sei: »Informatiker etwa haben auch mit dem Bachelor gute Beschäftigungsquoten, aber natürlich verdienen sie weniger.«

Das Problem werde sich verschärfen, glaubt Marquardt. Schließlich steigt die Zahl der Studienplätze jedes Jahr. »Der Ausbau der Studienplätze hat sich vor allem bei den Bachelor-Studiengängen abgespielt«, sagt er. »So werden viele Absolventen von den weiterführenden Abschlüssen ausgeschlossen. Damit schafft man einen Arbeitskräftepool, der für weniger Geld gleiche Tätigkeiten übernimmt wie früher die Diplomanden und Magister.« Der Bologna-Prozess werde Marquardt zufolge »benutzt, um Lohnkosten zu sparen«.
Zugleich gibt es eine Gruppe von Absolventen, deren Qualifikation sich meist nicht in der Bezahlung niederschlagen wird: jene nämlich, die einen der vielen neuen Abschlüsse in den Bereichen Erziehung und Pflege erlangen. Viele Akademien, Fachhochschulen oder Universitäten bieten mittlerweile – oft kostenpflichtige – Studiengänge wie Kindheitspädagogik oder Pflegewissenschaft an. Ihnen allen gemein ist: Es sind Abschlüsse für Berufsbilder, für die in Deutschland nur eine schulisch-betriebliche Ausbildung vorgesehen ist – und ein entsprechender Lohn. »Da gibt es grundsätzlich das Problem der Vergütungsstruktur, beispielsweise in Kindertageseinrichtungen«, sagt der Geschäftsführer der »Fachhochschule des Mittelstands« (FHM) in Hildesheim, Richard Merk. Für 5 800 Euro kann man sich dort in zwei Jahren zum Kindheitspädagogen ausbilden lassen. Dies bereitet auf die Erzieherarbeit im Kindergarten vor. Merk verweist darauf, dass »in fast allen europäischen Ländern ein Bachelor die Standardausbildung für Erzieher ist«. Nur in Deutschland und Österreich sei dies noch anders. Und auch das spart Geld. »Im öffentlichen Dienst gilt Entlohnung durch Eingruppierung«, heißt es bei der GEW auf Anfrage. »Auch wer als Erzieher arbeitet und einen Master in Pädagogik hat, wird wie ein ausgebildeter Erzieher bezahlt.« Es zähle »nur die Tätigkeit, nicht die Ausbildung«. Auf dem Lohnzettel macht das für Berufsanfänger ein Minus von etwa 300 Euro im Monat aus.

Ähnlich sieht es in der Pflege aus. Hier gibt es neue Ausbildungsgänge wie »Advanced Nursing Practice« an der MSH Medical School in Hamburg oder »angewandte Pflegewissenschaften« an der Berliner Hochschule für Gesundheit und Sport. Doch auch hier gilt: Wer später als Pfleger oder Schwester arbeitet, bekommt nicht mehr Geld. »Dabei sind das ganz anspruchsvolle Bereiche, da macht ein höherer Theorieanteil absolut Sinn«, sagt ein Mitarbeiter der GEW. »Im Ausland ist es selbstverständlich, dass man da auf Bachelor-Niveau studiert.« Bei der Gewerkschaft glaubt man, dass die deutsche »Ausbildungstradition« nicht zu halten ist: »Mittelfristig wird da was passieren. Der Druck kommt von der EU.«

Einstweilen bleibt den hochqualifizierten Erziehern und Pflegern, auf ihre »ganz anderen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten« zu bauen, wie Merk sagt. Bachelor-Erzieher könnten sich etwa auf Stellen für Sozialarbeiter bewerben – die werden auch auf Bachelor-Niveau entlohnt. »Gerade neulich erst hatten wir eine Absolventin, der das gelang«, sagt der FHM-Geschäftsführer. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hingegen würde am liebsten das gesamte Entgeltwesen umkrempeln. »Wir wollen ein Tarifrecht, das anders aufgebaut, deutlich durchlässiger, ausgewogener und sozial gerechter ist«, sagt der Verdi-Referent Norbert Konkol. Dazu habe die Gewerkschaft ein alternatives, »diskriminierungsfreieres« Entgeltsystem entwickelt, das ab 2012 in einem »Probelauf in ausgesuchten Einrichtungen« getestet wird. Sollte dieser Testlauf die Tarifakteure nicht überzeugen, muss die Gewerkschaft weiter auf die EU hoffen – oder eben selbst Druck aufbauen.

© Jungle World Verlags GmbH